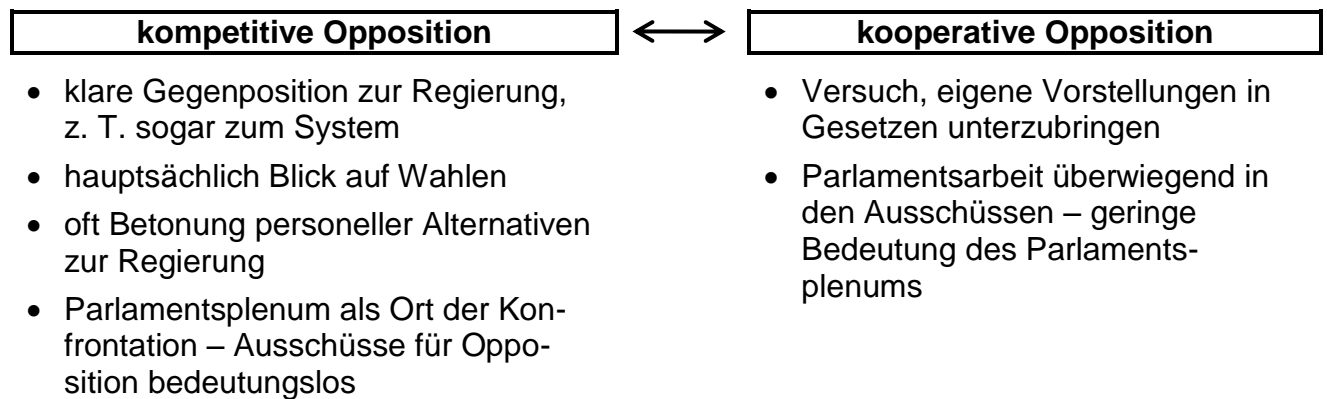


## Der Bundestag

### ■ Funktionen des Bundestages

- **Artikulationsfunktion:** Ausdruck der politischen Auffassungen im Volk
- **Wahlfunktion**
  - Wahl des Bundeskanzlers (Art. 63 GG)
  - (als Teil der Bundesversammlung) Wahl des Bundespräsidenten (Art. 54 GG)
  - Wahl der Hälfte des Bundesverfassungsgerichts (Art. 94 GG)
  - Teilnahme an Richterwahlausschüssen für die obersten Bundesgerichte
- **Kontrollfunktion:** Kontrolle des Regierungshandelns
  - Konstruktives Misstrauensvotum (Art. 67 GG): Misstrauen gegen den Bundeskanzler durch die Parlamentsmehrheit bei gleichzeitiger Wahl eines neuen Bundeskanzlers
  - Haushalts- und Finanzkontrolle (Art. 110 und 114 GG)
  - Öffentlichkeit der Verhandlungen mit
    - Großer Anfrage (über grundsätzliche Fragen)
    - Kleiner Anfrage (über Einzelaspekte)
    - Fragestunde (mündliche Anfragen)
  - Garantien des freien Mandats (Art. 38 GG)
    - Immunität (Art. 46 GG): Schutz vor Strafverfolgung des Abgeordneten
    - Indemnität (Art. 46 GG): Straflosigkeit von Äußerungen im Parlament, außer Beleidigungen (auch nach Mandatsende)
  - Untersuchungsausschüsse (Art. 44 GG)
  - Enquete-Kommissionen: Erarbeitung von Vorschlägen zu grundlegenden Themen
  - Petitionswesen (Art. 17 GG): Bitten oder Beschwerden an den Bundestag
  - Wehrbeauftragter (Art. 45 b GG): Kontrollorgan des Bundestages zum Schutz der Grundrechte der Soldaten
- **Legislative Funktion:** Gesetzgebung (bei Mitwirkung des Bundesrates)
  - Ablauf der Gesetzgebung:
    - 1.) Gesetzesinitiative (meist Bundesregierung)
    - 2.) Bundestag:
      - a.) 1. Lesung (= Beratung)
      - b.) Ausschuss
      - c.) 2. und 3. Lesung (mit Abstimmung)
    - 3.) Bundesrat
      - a.) bei einfachen Gesetzen (Gesetze, die die Länder nicht betreffen) kann ein Einspruch des Bundesrates durch den Bundestag zurückgewiesen werden
      - b.) bei Zustimmungsgesetzen (Gesetze, die auch die Länder betreffen) wird bei Nichtzustimmung des Bundesrates der Vermittlungsausschuss angerufen, der einen Kompromiss erarbeitet
    - 4.) Bundestag: Beratung des Änderungsvorschlags des Vermittlungsausschusses
    - 5.) Bundesrat: Beratung des Änderungsvorschlags des Vermittlungsausschusses
    - 6.) Bundespräsident: Ausfertigung (= formale Prüfung und Unterschrift)
    - 7.) Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt (= Inkrafttreten)

## ■ Formen der parlamentarischen Opposition



### Probleme:

- |  |   |   |
|--|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"><li>☒ Existenz einer rein kompetitiven Oppositionspartei ist ernstes Anzeichen einer Instabilität des politischen Systems</li><li>☒ Eine rein kooperative Opposition minimiert ihre Chancen bei Wahlen</li></ul> | } | deshalb <b>meist Mischung</b> vorhanden:<br>glaubwürdig sein <u>und</u><br>Alternativen aufzeigen |
|--|---|---|

# Gewaltenteilung und Gewaltenverschränkung in Deutschland

## ■ Theorien der Gewaltenteilung

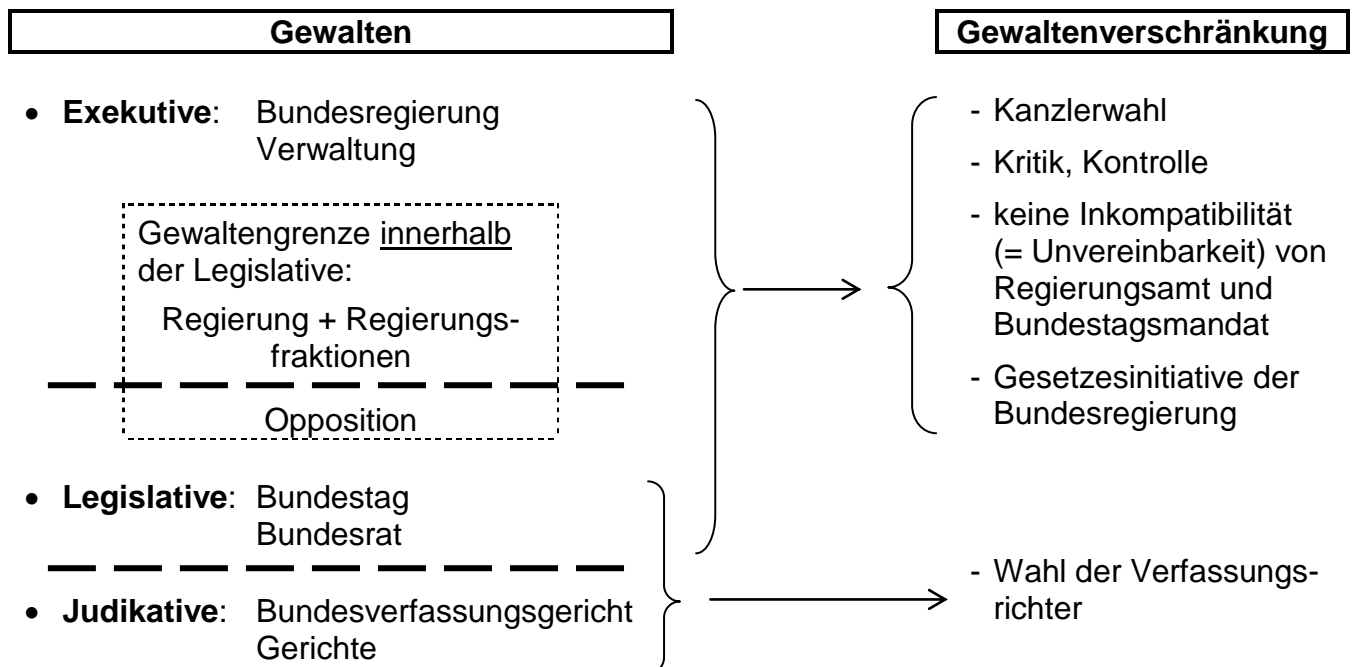
### a.) Locke (17. Jh.)

- legislative Gewalt → Parlament
  - exekutive Gewalt (nach innen)
  - föderative Gewalt (nach außen)
  - natürliche Gewalt (Prärogative)
    - Handeln der Staatsführung überall dort, wo keine Gesetze erlassen sind
    - Begnadigungsrecht
    - Recht zur Einberufung des Parlaments
- in der Hand des Monarchen vereinigt

### b.) Montesquieu (18. Jh.)

- Legislative
  - Exekutive
  - Judikative
- Zweck:  
Machtbeschränkung und Machtkontrolle  
zur Sicherung der Freiheit

## ■ Gewaltenverschränkung in Deutschland



## Parlamentarisches und präsidentielles Regierungssystem

Kriterium	parlamentarisches Regierungssystem	präsidentielles Regierungssystem
Exekutive:	geteilt - Staatsoberhaupt - Regierungschef	in einer Hand („Präsident“)
Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament:	ja	nein
Misstrauensvotum:	ja	nein
Auflösung des Parlaments durch die Exekutive:	ja	nein
Inkompatibilität von Regierungsamt und Parlamentsmandat:	nein	ja
Tradition	Großbritannien  Westeuropa  Gewaltenverschränkung Exekutive – Legislative	USA  Lateinamerika  überwiegend Gewaltenteilung Exekutive / Legislative

# Die Exekutive: Bundesregierung und Bundespräsident

## ■ Bundesregierung

- **Kanzlerprinzip:** Nur der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien (= Grundsätze) der Politik. Er allein (nicht die Minister) ist dem Bundestag verantwortlich (= **parlamentarisches System**).  
} **starke Stellung des Bundeskanzlers**
- **Ressortprinzip:** Jeder Minister leitet sein Ressort (= Aufgabenbereich) selbständig.
- **Kollegialprinzip:** Gesetzentwürfe beschließt die Regierung gemeinsam.

## ■ Bundespräsident

- **Wahl:** durch die Bundesversammlung (nicht durch das Volk)  

**Bundesversammlung** = nur für die Bundespräsidentenwahl gebildetes Verfassungsorgan.  
Es besteht aus den Bundestagsabgeordneten und der gleichen Anzahl von Abgeordneten aus den Länderparlamenten

  - 1. Wahlgang: }
  - 2. Wahlgang: } absolute Mehrheit erforderlich
  - 3. Wahlgang: } relative Mehrheit ausreichend
- **Amtszeit:** 5 Jahre – Wiederwahl nur einmal zulässig
- **Stellung:** Staatsoberhaupt
- **Aufgaben:**
  - Repräsentation: Reden, Empfänge, Reisen, Gespräche
  - Prüfung und Unterzeichnung der Bundesgesetze
  - Ernennung und Entlassung von Bundeskanzler und Bundesministern

} repräsentative Aufgaben, aber kaum wichtige Befugnisse  
↓  
**schwache Stellung**
- **Bundespräsidenten:**

1949-1959	Theodor Heuss (FDP)
1959-1969	Heinrich Lübke (CDU)
1969-1974	Gustav Heinemann (SPD)
1974-1979	Walter Scheel (FDP)
1979-1984	Karl Carstens (CDU)
1984-1994	Richard von Weizsäcker (CDU)
1994-1999	Roman Herzog (CDU)
1999-2004	Johannes Rau (SPD)
2004-2010	Horst Köhler (CDU)
2010-2012	Christian Wulff (CDU)
2012- 2017	Joachim Gauck (parteilos)

Bundesregierung und Bundespräsident bilden die E x e k u t i v e .
--